

Anfrage

Stadtrat Wolfram Jäger (CDU)
Stadtrat Bernhard Weick (CDU)
Stadtrat Andreas Erlecke (CDU)

vom: 16.02.2006
eingegangen: 16.02.2006

22. Sitzung des Gemeinderates am 28.03.2006

TOP 33

Vorlage Nr. 640

Öffentlich Nichtöffentlich

verantwortlich: Dez. 2

Privatisierung der Müllabfuhr

Stellungnahme des Bürgermeisteramtes:

Es gibt generell fünf Rechtsformen, wie eine Kommune ihre Müllsammlung betreiben kann. Dies sind:

- Interne Betriebsführungslösungen als Teil einer Dienststelle oder als Eigenbetrieb
- Fremdvergabe der Müllsammlung an ein privates Unternehmen
- Als städtische Ver- und Entsorgungsgesellschaft (als eigene Gesellschaft oder in Verbindung mit den Stadtwerken als Sparte oder in einem Beteiligungsmodell)
- ppp-Modell (public-private-partnership), d.h. unter Beteiligung privater Anteilseigner
- Interkommunale Kooperation mit Nachbarkommunen (Zweckverband oder öffentlich-rechtliche Vereinbarungen)

Die Aufzählung verschiedener Betreibermöglichkeiten zeigt, dass die Festlegung, wie die Stadt Karlsruhe künftig ihre Abfallsammlung organisieren möchte, einer komplexen Betrachtung unterzogen werden muss. All diese verschiedenen Varianten haben unterschiedliche Auswirkungen auf die Aufgabenerledigung und den Service für die Bürger und Kunden, die Abfallgebühren, Einwirkungsmöglichkeiten der Entscheidungsträger und natürlich auch auf die Beschäftigten und Bereiche in der Verwaltung, die mit dem Amt für Abfallwirtschaft zusammenarbeiten.

Daneben dürfen bei der Entscheidung steuerliche Aspekte ebenso wenig außer Betracht bleiben wie Transfer- und ggf. Rückholkosten (im Falle eines Scheiterns).

Es wird vor diesem Hintergrund empfohlen, keine voreiligen Festlegungen zu treffen, die durch Emotionen des momentanen Streiks beeinflusst werden.

Die genannten Betreiberformen sollten in Ruhe auf die jeweiligen Auswirkungen analysiert werden. Die Stadt Karlsruhe wird deshalb eine Arbeitsgruppe einrichten, die sich mit diesem Thema beschäftigt und Ende des Jahres 2006 dem Ausschuss Umwelt und Gesundheit einen Bericht vorlegt.

Die Verwaltung bittet um Verständnis, dass die einzelnen Fragen auf Grund der Komplexität der Materie in der kurzen Zeit und den streikbedingten Belastungen beim Amt für Abfallwirtschaft jetzt noch nicht konkreter beantwortet werden können. Alle Fragen werden in dem für Ende 2006 angekündigten Bericht behandelt.